

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Gescheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierjährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungstafte.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherin.
Schriftleitung und Verlautstelle: Stuttgart, Rötestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8300.

Anzeigekür für die sechsgespaltene Kolonieheile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Schließen der fortwährenden Stockungen in der Papierbelieferung müssen die Nummern 51 und 52 der Metallarbeiter-Zeitung zusammen herausgegeben werden.
N Die nächste Nummer erscheint am 5. Januar 1918.
Verlag der Metallarbeiter-Zeitung.

Die Frauenerwerbsarbeit im Kriege

Seit einem Bericht des rhein-moselfischen Verbandes für Volksbildung in Düsseldorf hat Genosse Dr. Max Quarc eine Abhandlung über die Frauenerwerbsarbeit im Kriege verfaßt, die in dem Bericht über den Kriegsstand abgedruckt ist. Wir geben aus der sehr leichten Abhandlung hier wichtige Stellen wieder. Quarc sagt in der Einleitung:

Man weiß, daß die Entwicklung der Frauenberufssarbeit eine wesentliche Eigentümlichkeit unseres maschinellen und arbeitsteiligen Zeitalters ist und längst vor dem Krieg begonnen hat. Indessen folgte sich auch vor dem Krieg schon diese Hervorhebung der Frauen in das Getriebe der modernen Wirtschaft durchaus nicht platt und unfehlbar. Sie begann vor einem Jahrhundert mit einer ungeheurenden und geradezu stürmischen Ausnützung der ungefährdeten weiblichen Arbeitskraft in Heimarbeit und Industrie. Für die Kinderjahre des englischen Kapitalismus hat Marx eine lebendige Schilderung der Greuel geliefert, unter denen sich die Ausnützung weiblicher Arbeitskräfte namentlich in der britischen Textilindustrie vollzog. Für die Zeit des Aufblühens der niederrheinischen Industrie während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mag man die düsteren Seiten des industriellen Frauenelements bei Alfonso Thun in seinem Buch "Die Industrie am Niederrhein" (1879) nachlesen. Unter dem wachsenden Einfluß der Arbeiterorganisationen und durch die zunehmende Einsicht der staatlichen Beamtenchaft und des sozial gerichteten Teils des Unternehmersinns ging man allmählich an, die Frauenarbeitsordnung durch Schutzegekte und Tarifvereinbarungen gesundheitlich und lohnpolitisch zu regeln. Dagegen durften das Eindringen der Frau in gelehrte Berufe, Angestellentätigkeit und höhere geistige Arbeit erst von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dazu mußten die fortschreitende Auflösung der Hauswirtschaft und die wachsende Schwierigkeit der Eheheiligung erst die Voraussetzungen schaffen. Nun begann der große Kampf der bürgerlichen Frauenbewegung um die Offnung der höheren und geistigen Berufe für das weibliche Geschlecht. Er ist heute noch nicht abgeschlossen. Aus dieser Lage der Dinge erklärt es sich, daß die bei Beginn des Krieges durch die Einberufungen der Männer verankerte Nachfrage nach Frauenerwerb in der Industrie und in den höher qualifizierten Berufen verschieden auftrat und verschieden wirkte. Die Vermehrung der industriellen Handarbeit der Frauen ging beinahe automatisch, ohne spürbaren Anstoß vor sich. Daher die soziale Unbereinmäßigkeit, mit der man sie ansah. Man fragte wenig nach den Bedingungen und Wirkungen einer plötzlich so stark ausgedehnten Frauenbeteiligung in der Industrie. Das Vorstellen weiblicher Kräfte in Stellungen, die nicht nur einfache oder arbeitsteilige Maschinenarbeit, sondern eine gewisse Kraft und Selbständigkeit der Betätigung verlangen, namentlich in öffentlichen Dienstleistungen, erregte dagegen größere allgemeine Aufmerksamkeit. Bei der unterschiedlosen Sorge der Fabrikarbeiterinnen kümmerte man sich wenig um die hygienischen und sozialen Folgeerscheinungen, die durch den Krieg unvermeidlich geprägten Weitung und Intensivierung der Arbeit. Bei den höher qualifizierten Berufen machte man sich dagegen übertriebene Vorstellungen einer schädigenden Wirkung auf die Frau, man begriff hier gar nicht die Möglichkeit einer Verbesserung: ganz im allgemeinen. Sicher ist nur das eine: daß die Frauen, die der Krieg zur Arbeit rief, ob sie nun einfache Arbeiterinnen oder hochgebildete Beamte waren, sich mit der ganzen, den Frauen eigenen Hingabe der Kriegsarbeit aller Grade widmeten und geradezu glänzend den Gas hielten, daß einem Volk mit außerordentlichen Anforderungen außerordentliche Kräfte wachsen."

Quarc bespricht dann den Umfang der Frauenerwerbsarbeit. Nach verschiedenen Feststellungen darüber sagt er über die wirtschaftliche und technische Bewährung der Frauenarbeit:

"Vom Standpunkt der allgemeinen Wirtschaft aus muß die Hauptfrage lauten: Entspricht die Kriegsvermehrung der Frauenerwerb dem wirtschaftlichen und technischen Interesse der Gesellschaft, und liegt ihre Weiterentwicklung in der Linie dieses Zweckes? Hier stellt sich das Problem auf, ob der Übergang der Frau aus der Haushaltstätigkeit in das Erwerbstätigkeits überhaupt gesellschaftlich möglich ist. So fehlt es theoretisch in behauptendem Sinn gelöst erscheint, so fehlt es bis in die Arbeiterbewegung hinein auf praktische Schwierigkeiten, die in der Lohnfrage und teilweise auch noch in der kleinbürgerlichen Mentalität mancher nicht oder wenig organisierten Arbeiterschaften liegen. In solchen Kreisen kann man sich die Frau nur einmal nicht anders vorstellen denn als häfliche Hausgenossin des Mannes. Man erscheint vielfach schon vor der Absicht, daß die Erwerbstätigkeit der Frau die häuslichen Bequemlichkeiten des Mannes förmlich löschen könnte. Auch spricht wohl zuweilen die Angst der Mittelmäßigkeiten oder Unzulänglichkeit vor dem zügigen und beschleunigten Wettbewerb der Frau im Beruf mit."

In der Frankfurter Zeitung hatte der Diplomingenieur R. Stein in einer Auseinandersetzung mit einem Ingenieur und einer Frau gesprochen:

"Eine auffallende Erscheinung bei der Ausbildung von Frauen zur Maschinenarbeit an den Drehdrehen, Bohrmaschinen und der gleichen besteht darin, daß nach einer oft nicht mühseligen überstandenen Lehrzeit ein sprunghaft reiches Ansteigen des Rennens und der Rüstungen eintritt. Es kommt nicht selten vor, daß schon im zweiten

Monat ihrer Tätigkeit eine Frau bei der gleichen Beträchtung die Leistung des betreffenden geübten Arbeiters erheblich übertreift. Das dürfte damit zu erklären sein, daß die Frauen durchweg eine von frühestem Jugend auf gepflegte Handfertigkeit besitzen, eine durch Generationen hindurch entwickelte Handarbeitskultur, gegen deren Einseitigkeit ja sogar vieles eingesetzt wurde. Zeit macht sie sich aber in nüchtern und erfreulicher Weise geltend. Wenn erst die Fremdheit des neuen Handwerksgegenstands überwunden ist, bringen es die geübten Hände deshalb auch hier bald zur Meisterschaft. Deshalb ist es keineswegs schwerer, Frauen zur Fabrikarbeit heranzubilden als Millionen von auch nicht immer geeigneten Leuten zu Soldaten zu machen. Nur ein geringer Bruchteil der Erziehungsarbeit, die unsere Heeresleitung geleistet hat, ist erforderlich, um eine Armee von tüchtigen Arbeitskräften zu schaffen."

Quarc bemerkt dazu:

"Und wie wird Deutschland diese industrielle Armee nach dem Krieg brauchen! Ob es dann überhaupt fragen kann, woher es sie nimmt, wenn nur den Arbeitsmarkten kulturelle Arbeitsbedingungen gesichert werden? Die offenkundliche Schulung auch der Frau für maschinelle Sachkenntnis und Handfertigkeit ist ein direktes Lebensinteresse der zukünftigen deutschen Industrie. Als allererste Grundforderung gehört hierher die endliche Ausdehnung der obligatorischen Fortbildungsschulplik auf alle gewerbl. tätigen Mädchen. Es ist deshalb er, euflich zu hören, daß der Bund deutscher Frauvereine gerade jetzt, im eldigen Augenblick, eine Aktion für die grundlegende Reform vorbereitet, zu der die deutschen Städte bisher bis jetzt so wenig Neigung zeigten. Über die Versuche der Unternehmer, während des Kriegs Ansänge für geregelte Lehrzeiten der Arbeiterinnen zu schaffen, enthält mein Material noch wenig. Hier ist eins der Stellen, wo man besonders dringend behördliche Feststellungen wünschen muß, namentlich aus der stadt maschinellen Metallindustrie, die nach dieser Richtung beachtenswerte Anläufe in Berlin aufzuweisen scheint (Schwefelhütten für Mädchen und Frauen in der Feinmechanik bei den Siemens-Schuckert-Werken). Eine Erhebung des Deutschen Transportarbeiterverbandes vom November 1915 stellt fest, daß die Straßenbahner eine gewisse Ausbildungszzeit von 4 Wochen fürwollen, wobei die Entschuldigungsverhältnisse für die verdienslose Freizeit außerordentlich unvollkommen gehalten sind. Gerade hier wird deutlich offenbar, wie ungänglich nötig die Ergänzung einer solchen Ausbildung durch die Fortbildungsschule ist. Einwände gegen die gewerbliche Schulung der Arbeiterinnen, wie sie von gewerkschaftlicher Seite der Arbeiter, zum Beispiel für den Gärtnerberuf in der Allgemeinen deutschen Gärtnerzeitung vom Februar 1916 oder für den Buchbindberuf in der Gewerkschaftlichen Frauenzzeitung vom 27. September 1916 gemacht werden, gründen sich in der Hauptsache auf die berechtigte Furcht vor der Lohnabläse der Frau, gehörten deshalb nicht hierher, sondern in eine Untersuchung über den Lohnkampf der Arbeiterin. Man kann also die angeführten Tatsachen dahin zusammenfassen: Die Ausdehnung der Frauenerwerbsarbeit im Krieg hat starke Umspann angenommen. Sie ist aber weder schon bedrohlich übermäßig im Verhältnis zur Männerarbeit geworden, noch hat sie irgendwelche Gefahren für den organisatorischen und technischen Fortschritt der Industrie gezeigt. Ob sie für die Entwicklung unserer Frauen und Kinder sowie für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse Gefahren mit sich bringt, und welcher Art diese sein können: das bedarf besonderer Untersuchung."

Quarc schließt seine Abhandlung mit dem Abschnitt über die Lohnpolitik der Frauenerwerbsarbeit:

Heute ist keine Arbeiterin mehr sicher, in der Ehe völlige und dauernde Versorgung zu finden, zumal wenn ihre niedrige Entlohnung dazu beiträgt, den Lohnaufstieg der Männer zu hindern. Außerdem mächtigt ihre kulturelle und politische Selbständigkeit mit ihrem selbständigen wirtschaftlichen Einkommen, das ihr eine eigene Klassen- und Weltanschauung ermöglicht. Das ist neben dem Ziel, die weibliche Lohnabhängigkeit auszuschalten, das tiefste Interesse der Arbeiterbewegung an der Gewinnung der arbeitenden Frau als Kameradin und Gefünglingsgenossin. Durch den Krieg sind zu dieser Entwicklung Momente gekommen, die sie befördern und die sie hemmen. Befördert wird die Interessengemeinschaft zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern durch die viel häufigere Verlängerung in dem Betrieb, durch den Zwang, gemeinsam Leben im Betrieb zu ertragen, durch die bedeutende zahlreicher bisher rein männlicher Berichtigungen seitens der Frau und durch den gleichen Druck der Lebensmittelknappheit, die die Frau womöglich noch stärker verleiht als der Mann. Bekannt wird die Entwicklung zu größerer Spur als der Mann. Bekannt wird die Entwicklung zu größerer Interessensolidarität zwischen Mann und Frau einmal dadurch, daß in manchen Betrieben die Frau die Überzahl der Beschäftigten stellt und jetzt vielfach die Frauen zu tun scheinen, was früher die Männer taten: nämlich den anderen Teil möglichst auszuschließen und abscheiden; dann durch die Furcht der Männer davor, daß die zunehmenden Kriegsteilnehmer ihre Plätze durch Frauen besetzt finden und verlieren könnten.

Das letzte genannte Moment schließt das aktuell wohl schwierigste Problem ein. Die Unternehmerorganisationen, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, stellen sich, und zwar bloß aus Gründen des Interesses an niedriger entlohnter und williger Arbeit, sondern zusammen mit den fortdriftlich denkenden Frauen, auch aus Gründen der technischen Entwicklungsmöglichkeit der Arbeitsteilung und aus dem Wunsch heraus, Erhöhung für die gefallenen Krieger zu schaffen und neue Kräfte für neue wirtschaftliche Aufgaben in Bereitschaft zu halten, auf einen anderen Standpunkt als die Arbeiter- und Angestelltenverbände. Sie wollen beispielweise (zum Hansabund) den jüngsten Kriegern nur die frei werdenden Frauenstellen offen halten. Das Fortdriftliche ist ein Kompromiß zwischen den beiden entgegengesetzten Standpunkten, der mit Hilfe gemeinsamer Tarifverhandlungen durchzuführen wäre. Das Modellmittel gleicher Bezahlung gleicher Arbeit für Mann und Frau fehlt die liberalen Unternehmergegruppen (zum Beispiel die gewerblichen Sachverständigen

des Hansabundes), noch heute, nach Jahren intensiver Frauenarbeit in der Kriegsnot ab.

So entsteht ein Kreis, der sich nicht schließt. Um ihre Forderung der gleichen Bezahlung gleicher Arbeit an Mann und Frau möglichst rasch und gründlich zu verwirklichen und der weiblichen Lohnabhängigkeit mit all ihren Folgen entgegenzuwirken, brauchen die Organisationen der Arbeiter und Angestellten einen viel stärkeren Zustrom der Frauen, die massenhaft in die Arbeit eintrudeln, als vor dem Krieg. Dieser Zustrom muß jedoch ausbleiben, wenn dieselben Organisationen nun genutzt sind, indirekt die Großmachung des größten Teils jener Frauen anzustreben, ohne Rücksicht auf die Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit, die sich ihre weiblichen Arbeitskameraden in großzügigen im kapitalistischen Produktionsprozeß erworben haben. Man kann die Frauen sicher bestimmen, in erhebliche Anzahl Organisationen beizutreten und Geldpost für sie zu bringen, wenn diese Organisationen erklären müssen, daß den arbeitenden Frauen, denen überdies die Verheiratungschancen durch den Krieg sehr stark beschädigt sind, die neue Einstellungsmöglichkeit zunächst wieder genommen werden soll.

Der Weg, der Männer und Frauen unbedingt einigt, und dessen Beschreibung schriftlich im meiste Erfolg verspricht, bleibt noch wie vor der gewerkschaftlichen und politischen Kampf für möglichste Gleichstellung der Löhne für gleiche Leistungen in privaten und öffentlichen Betrieben. Unverkennbar ist, denn auch dies fordert von der überlegenden Zahl der gewerkschaftlichen Organisationen im Krieg weit stärker und nachhaltiger erwogen und durchzuführten versucht als jemals von dem Krieg; und das ist die allerwichtigste und verheizungsvollste Erscheinung auf unserem Gebiet. Der Krieg ist eben auch für die Vertiefung und Belebung des gewerkschaftlichen Kulturreprogramms von entscheidender Bedeutung geworden.

So ist es sicher kein Zufall, daß Anfang 1916 die Organisation der deutschen Brauerarbeiter vor dem Frankfurter Gewerbegericht zum erstenmal eine Auslegung des vor dem Krieg mit den Unternehmen abgeschlossenen Tarifvertrags durchführte, die den Tarifzwang zur Gleichstellung der Männer- und Frauerehöhe bekräftigte. Das Landgericht als höhstes Richterhof hob zwar auf Petition des Unternehmers die Entscheidung des Gewerbegerichts auf; das Verfahren schwebt indes noch in der weiteren Instanz. Die grundlegende und praktische Bedeutung der zuerst erfochtene Entscheidung kann auch durch den weiteren Verlauf des Prozesses nicht aufgehoben werden.

Doch ältere Tarifverträge während der Kriegszeit den arbeitenden Frauen wichtigen Schutz gegen allzu starke Ausnutzung bieten können, zeigt Helene Grünberg in einem Artikel der Frankfurter Volksstimme vom 23. November 1915 über Frauenerwerbsarbeit und Tarifverträge für die Arbeiterinnen der Nürnberger Metall- und Stahlindustrie sowie der Biltzen, Bleistift- und Pinselfabrikation. Nach ihren Angaben waren die 14 000 organisierten Arbeiterinnen diesen Branchen auch während der Kriegsnot in der Hauptstadt ihrer Organisation treu geblieben, auch hatten sie ihre Vertretung in den Arbeiterausschüssen der Betriebe sowohl den freien Samstag Nachmittag und tarifliche Lohnverbesserungen hochgehalten. Für den neuen Tarifvertrag der Berliner Maschinenarbeiter sollte nach dem Vorwärts vom 28. Mai 1916 für Frauen bei gleicher Arbeit der gleiche Lohn wie für Männer gefordert werden. Dieselbe Forderung wurde auf dem Nürnberger Verbundstag der Schuhmacher im Juni 1916 von dem Vorsitzenden des Verbundes unter allgemeiner Zustimmung erhoben. Ihre Durchsetzung dürfte dadurch erleichtert werden, daß die Organisation der deutschen Schuh- und Schuhfabrikanten sich für dasselbe Ziel aussprach. Auf Antrag des Sattler- und Portefeuillenverbands, der für eine Mindestbezahlung der Arbeiterinnen in der Privatindustrie Befreiungserklärungen machen möchte, wurden im Frühjahr 1916 Mindestbundeskäufe für Handarbeiterinnen auf Sattlerarbeiten für die Heeresversorgung im Fleischtarif durch die beteiligten Organisationen festgelegt, denen die Heeresverwaltung beitrat. Die von den Militärbehörden bei Kriegssteuerungen festgesetzten Lohnsätze sind überhaupt ein Stück Lohnpolitik zugunsten der Frauenerwerbsarbeit geworden. Sie verdienen jahrlängige Darstellung von beteiligter Seite.

Verhältnismäßig wenig haben die Gemeindevertretungen und speziell die Arbeitervertretungen darin für die Annäherung der weiblichen Löhne an die männlichen in der Kriegszeit getan. In der Reichshauptstadt wurde wenigstens bei den Leutungsabteilungen des Sommers 1916 für Gemeindearbeiter der gleiche Beitrag bei Männer- und Frauen durchgeführt. In der Tagung der Stadtverordnetenversammlung für Berlin-Schöneberg vom 26. Juni 1916 führte der gegen das gleiche Bestreben zu beinahe tragischen Kämpfen. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hatte die Versammlung den Krieg vorher beschlossen, die weiblichen Strafgefangener den niedrigen Löhnen in der Entlohnung gleichzustellen und ihnen denselben Anfangslohn von 25 M. wöchentlich zu gewähren. Diesen Beschuß lehnte der Magistrat mit der Begründung ab, daß dann die weiblichen Arbeiter anderer städtischer Verwaltung abweichen, die gleiche Aufbesserung verlangen und dann wiederum die männlichen Arbeiter entlasten würden; daß sie für die den Frauen gewährte Lohnung nicht arbeiten würden; auch würde der Unterschied in den Bezahlungsbeträgen von Schöneberg und seinen Nachbargemeinden zu groß. Mit diesen griffigen Argumenten setzte der Magistrat die Ablehnung der Gleichstellung durch. Sonst hat die deutsche Kommunalpolitik, soweit ich sehe, keine weiteren Kämpfe um den, für unsere Städte erstaunend ganz nebensächlichen Gegenstand zu verzeichnen.

Städtische Vorschriften zur Verbesserung der weiblichen Lohnverhältnisse hat der österreichische Metallarbeiterverband über die schon früher erwähnte Bettina seiner deutschen Brüderorganisation hinaus verlangt. Er will die Lohnrechte der Frauen auf dem Verordnungswege dadurch schützen, daß sie Anspruch auf die gleichen Mindestsätze erhalten, wie sie in den Tarifen für Männer ausgemacht sind, ebenso auf die gleichen Stundelöhne. Bei der Festlegung neuer Stundelöhne sollen Arbeiter und Arbeiterinnen durch Betriebsräte gehörig werden. Damit soll das Gesetz als Grund und Säule stehen

dass unsere englischen Kollegen von hier mit der Aussöhnung abreisen werden, dass wir von dem Wunsche bestellt sind, das Mögliche zu tun, das internationale Zusammensetzen zu fördern. Ich hoffe jetzt, dass unsere englischen Freunde das, was ich in betreff der Belegung gesagt habe, nicht als Ausdruck grundsätzlicher Abgeneigung missverstehen mögen, aber ich meine, dass die Entscheidung auf eine breitere Grundlage gelegt und dass der Beschluss nach eingehender Prüfung von sämtlichen angeschlossenen Organisationen gefasst werden müsse.

Kollege Hansen: Was die Verlegung des Sitzes vom Internationalen Metallarbeiter-Bund betrifft, so will ich darauf hinweisen, dass man auf der kürzlich in Bern abgehaltenen Gewerkschaftskonferenz nicht grundsätzlich gegen die Verlegung in ein neutrales Land war. In der Metallarbeiter-Internationale liegt die Sache ebenso. Aber wenn wir auch mit den Engländern über die Verlegung einig wären, so könnten wir sie jetzt doch nicht durchführen. Wir allein sind nicht inständig dazu.

In der Frage der sozialen Aufgaben nach dem Kriege habe ich beachtet, was Kollege Brownlie sagt, besonders, dass in allen Ländern die Löhne gleich werden müssen. Auch wir haben Erfahrung darin, dass wir in dem einen Lande die Löhne nicht fortsetzen erhöhen können, wenn sie im Nachbarlande gestiegen sind und es ist auf die Dauer nicht möglich, in einem Lande den Lohn zu erhöhen, wenn in anderen Ländern keine entsprechenden Bewegungen stattfinden. Es ist richtig, dass die Frage der Durchführung des Achtstundentages international behandelt werden müsste, ebenso dass man verfügen muss, auf sozialem Gebiet gleichtägige Gesetze herbeizuführen. Es ist ebenfalls richtig, was Kollege Brownlie über die Fachausbildung sagt.

Ich freue mich ferner, dass Kollegen Brownlie Ausspruch zu hören, dass wir uns nicht von der Politik fernhalten können, und ich verstehe, dass er meint, dass, wenn die Gewerkschaften sich auf die Arbeiterparteien der verschiedenen Länder stützen, sie sich Einfluss auf die Gesetzgebung verschaffen werden, besonders auf den Teil davon, der in erster Linie die sozialen Verhältnisse berührt. In betref des internationalen Zusammenschlusses und dessen Aufgaben können wir uns den in Leeds angenommenen und in Bern beschäftigten Richtlinien anschließen.

Kollege Brownlie sprach ferner über die Demokratierung der Länder und die Abschaffung der Geheimdiplomatie. Wir wollen England gerne als Demokratie und besonders als Musterland des Parlamentarismus betrachten. Auch ist es eine Sache für sich, während des Krieges die Geheimdiplomatie abschaffen zu wollen, aber es ist ganz sicher, dass nach dem Kriege eine starke Demokratisierung folgen wird. Diese macht sich schon auf verschiedenen Seiten bemerkbar.

Mr. Hobson: Ich wünsche, Sie möchten verstehen, dass die britische Abteilung beschlossen hat, Mr. Brownlie und mich zu dem Zwecke herüberzurufen, das wir mit Ihnen in näherem Verbindung kommen. Dies ist durch Briefwechsel schneller zu erreichen, wenn auch Herr Hansen in dieser Hinsicht sein bestes getan hat. Und weil wir nun hierhergekommen sind, so wünschen wir Ihre Meinung über die Fragen zu hören, die für uns Metallarbeiter die Lebensnotwendigkeit ausmachen. Wir können nicht alle Fragen bis nach Schluss des Krieges ausschließen, und darum hat die britische Abteilung seit zweieinhalb Jahren mit dem englischen Parlamentarischen Ausschuss Briefe gewechselt, um diesen zu einer Stellungnahme zu den Aufgaben zu veranlassen, die am Ende des Krieges vorliegen werden. Einer unserer vornehmsten Wünsche war, einen Kongress einzuberufen, um den Zustand zu erörtern, der am Kriegsschluss vorhanden sein wird. Wir denken dann nicht nur zu den Fragen Stellung zu nehmen, die sich auf das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer beziehen, sondern auch zu anderen Fragen, zum Beispiel Unterricht und Erziehung.

Sobald der Parlamentarische Ausschuss die von uns gewünschte Zusammenkunft abgehalten hätte, hätte er sich nach unserer Meinung mit dem Auslande in Verbindung setzen sollen und eben weil wir heute nicht über anderes vereinommen können, so will ich doch die Vertreter der dänischen, schwedischen und norwegischen Kollegen fragen, ob sie mit uns in England zusammenkommen wollen, um einer Einladung zu einer Konferenz zu folgen, die die Möglichkeiten erörtern soll, die Stellung der Arbeiter zu verbessern. Auf dieser Konferenz würden wir nicht, dass über den Krieg und die Stellung der Neutralen gesprochen werden soll, sondern darüber, was nach dem Kriege geschehen soll. Die erste Aufgabe, die zur Lösung drängt, ist die Arbeitergesetzgebung und wie sie in den verschiedensten Ländern geordnet werden soll. Auch die Ausbildungfrage liegt uns am Herzen und wir haben in England unter anderem an der Anstellung einer Erhebung zur Untersuchung der Ausbildungsvoraussetzungen gearbeitet. In dieser Beziehung ist es für uns notwendig, auch vom Ausland möglichst umfangreiche Auskunft zu erhalten.

Was die brennende Frage der Sitzverlegung der internationalen Organisation betrifft, so mache ich darauf aufmerksam, dass die Amerikaner sich dieser angegeschlossen haben. Diese zählen etwa drei Millionen, aber sie machen doch nicht mit Metallarbeiter aus. Wenn der Krieg zu Ende ist, wird es unmöglich sein, die französischen, englischen und amerikanischen Arbeiter zu veranlassen, in einem Zusammenschluss mitzugehen, dessen Sitz nach Deutschland verlegt ist. Es mag ja sein, dass das unrecht von ihnen ist, aber die Sache verzögert sich nun doch einmal so. Was nach selber betrifft, so wünsche ich nichts Höheres, als dass ich, wie bei früheren Gelegenheiten meinen deutschen Kollegen die Hände reichen könnte, aber die Zeit ist jetzt nicht dazu geeignet. Bis ein solches Vertragen wiederhergestellt wird, wird es klug sein, den Sitz der Internationale zu verlegen. Ich will keinen bestimmten Ort dafür vorschlagen, füge aber hinzu, dass, wenn er nach Kopenhagen käme, dies die Franzosen, Engländer und Amerikaner mit Vertretern erfüllen würde. Es kann jedoch auch ein anderer Ort sein; nur muss dort ein Volk sein, zu dem wir Vertrauen haben.

Seit dem Beginn der Organisation bin ich mit ihr verbunden gewesen. 1896 wurde ich ihr Sekretär und ich wünsche natürlich nichts anderes als dass sie in Zukunft bestehen bleiben möge, aber zu dem Lande, wo ihr Sitz ist, müssen wir Vertrauen haben können. Es kann doch nicht in Abrede gestellt werden, dass diejenigen, die am Sitz des Bundes leben, mehr Einfluss auf diesen haben als die, die am anderen leben.

Kollege Hansen: Es freut uns, dass die Amerikaner sich angeschlossen haben und wir hoffen, an dem Zusammensetzen zwischen den englischen und den amerikanischen Arbeitern teilnehmen zu können, aber wenn wir auch große Teilnahme für die Arbeiter der Westküste haben, so ist es doch unmöglich, den Sitz unseres internationalen Bundes zu verlegen. Würden wir so etwas tun, so würde es sicher als eine unneutrale Handlung betrachtet werden. Mit Freude haben wir Hobsons Erklärung gehört, dass er sich des Zusammenwirkens mit Deutschland gerne erinnert und dass er unserer deutschen Kollegen Hände drücken wird. Es sind ja glücklicherweise nicht Arbeit oder Gewerkschaften, die miteinander Krieg führen, und wir müssen uns erlauben, an die Zeit zu denken, wo wir einander mit Wohlwollen begegnen.

Ich bin mir vollkommen klar über die Schwierigkeiten, für die nächste Zeit über ein Zusammensetzen der Arbeiter Englands und Deutschlands sprechen zu können; aber es ist meine Überzeugung, dass ebenso, wie der Ausdruck des Krieges der ganzen Welt einen Schlag gab, auch sein Abschluss eine ganz andere Ausschauung mit sich bringen wird. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Leitung des Internationalen Metallarbeiter-Bundes sich ursprünglich in der Schweiz befand, von wo sie dann nach England verlegt wurde, das das führende Land war, und dann nach Deutschland, das ebenfalls eins der führenden Länder ist. Wenn wir darauf zurückgreifen sollten, die Leitung in ein kleines Land zu verlegen, so halte ich das für unmöglich und ich meine, dass wir aufhalten sollten, darüber noch weiter zu reden.

Kollege Hansen führte unter Zustimmung der übrigen standartigen Kollegen ferner aus, dass, wenn die Einladung zu der von Hobson erwähnten englischen Konferenz kommt, ver sucht werden möge, die Sache so zu ordnen, dass die Einladung auch angenommen werden kann.

Kollege Bloomfield wollte die Gelegenheit wahrnehmen, seine Zufriedenheit damit auszudrücken, dass eine persönliche Beratung mit den Vertretern der englischen Gewerkschaften zustande gekommen ist. In der Hauptfrage teile er die Aussöhnung, die von schwedischer Seite schon vorher durch den Kollegen Holmörröm fundgegeben worden sei. Der Redner brachte ferner die Meinung zum Ausdruck, dass dies auch die Anregung zu einer festeren Verbindung zwischen den formerorganisationen in England und Schweden geben möge. Kollege Sundsen drückte ebenfalls seine Zufriedenheit damit aus, dass eine Konferenz wie diese zustande kam. Im übrigen könnte er dem zustimmen, was vorher von standartischer Seite ausgeführt worden sei.

Nach weiteren Auseinandersetzungen sagte Mr. Brownlie: Wir sind einig, dass die Frage der Verlegung des Sitzes zwischen den Organisationen aller Länder erörtert werden muss, und ich verstehe wohl, dass es nicht angebracht ist, wenn die kleineren Länder sagen: Jetzt verlegen wir den Sitz des Internationalen Metallarbeiter-Bundes. Was von englischer Seite in dieser Frage angeführt worden ist, reicht, um den Fortbestand des Bundes zu sichern. Im übrigen halte ich, dass diese Zusammenkunft zu einem innigeren Zusammenchluss zwischen den standartischen und den englischen Metallarbeitern führen möge, ja auch zwischen der ganzen Internationale. Darum: Ein Hoch für den internationalen Zusammenschluss der Metallarbeiter!

Metallarbeiter bemerkte dazu, aus diesem Berichte geht hervor, dass die Zusammenkunft im ersten Punkt ihrer Tagesordnung völlig einig darüber war, dass es sich nicht machen lasse, während des Krieges den Sitz des Bundes zu verlegen, weil dies als eine unneutrale Handlung gegen die deutschen Metallarbeiterorganisationen betrachtet werden müsse. In ihrem andern Punkte habe sich eine ebenso große Einigkeit für den Anschluss an die Leeds-Berner Richtlinien feststellen lassen.

Dass es nicht zu einer bestimmten Aussprache berührte, beruft darauf, dass die Engländer von der britischen Gesandtschaft in Kopenhagen die Mitteilung erhielten, dass sie infolge der von der britischen Admiralität getroffenen Einschränkungen früher abreisen müssten als vorgesehen waren. Die unmittelbaren Verbindungen zwischen den englischen und standartischen — wenigstens den schwedischen — Metallarbeiterorganisationen sind ja, wie bekannt, seit Kriegsausbruch so gut wie abgebrochen gewesen. Die Zusammenkunft in Kopenhagen hat sicher beigetragen, dass die Verbindung durch Austausch von Schriftstücken und Berichten wieder angelockt wird. Dies kann sehr erleichtert werden, indem, wie Mr. Hobson während der Verhandlungen mitteilte, zwischen der Organisation und dem zuständigen Ministerium ein Übereinkommen abgeschlossen worden ist, wonach auch während der Friedenszeit mit den östlichen Organisationen solche Sachen ausgetauscht werden können.

Metallarbeiter bemerkte dazu, aus diesem Berichte geht hervor, dass die Zusammenkunft in Kopenhagen hat sicher beigetragen, dass die Verbindung durch Austausch von Schriftstücken und Berichten wieder angelockt wird. Dies kann sehr erleichtert werden, indem, wie Mr. Hobson während der Verhandlungen mitteilte, zwischen der Organisation und dem zuständigen Ministerium ein Übereinkommen abgeschlossen worden ist, wonach auch während der Friedenszeit mit den östlichen Organisationen solche Sachen ausgetauscht werden können.

Mr. Hobson: Ich wünsche, Sie möchten verstehen, dass die britische Abteilung beschlossen hat, Mr. Brownlie und mich zu dem Zwecke herüberzurufen, das wir mit Ihnen in näherem Verbindung kommen. Dies ist durch Briefwechsel schneller zu erreichen, wenn auch Herr Hansen in dieser Hinsicht sein bestes getan hat. Und weil wir nun hierhergekommen sind, so wünschen wir Ihre Meinung über die Fragen zu hören, die für uns Metallarbeiter die Lebensnotwendigkeit ausmachen. Wir können nicht alle Fragen bis nach Schluss des Krieges ausschließen, und darum hat die britische Abteilung seit zweieinhalb Jahren mit dem englischen Parlamentarischen Ausschuss Briefe gewechselt, um diesen zu einer Stellungnahme zu den Aufgaben zu veranlassen, die am Ende des Krieges vorliegen werden. Einer unserer vornehmsten Wünsche war, einen Kongress einzuberufen, um den Zustand zu erörtern, der am Kriegsschluss vorhanden sein wird. Wir denken dann nicht nur zu den Fragen Stellung zu nehmen, die sich auf das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer beziehen, sondern auch zu anderen Fragen, zum Beispiel Unterricht und Erziehung.

Sobald der Parlamentarische Ausschuss die von uns gewünschte Zusammenkunft abgehalten hätte, hätte er sich nach unserer Meinung mit dem Auslande in Verbindung setzen sollen und eben weil wir heute nicht über anderes vereinommen können, so will ich doch die Vertreter der dänischen, schwedischen und norwegischen Kollegen fragen, ob sie mit uns in England zusammenkommen wollen, um einer Einladung zu einer Konferenz zu folgen, die die Möglichkeiten erörtern soll, die Stellung der Arbeiter zu verbessern. Auf dieser Konferenz würden wir nicht, dass über den Krieg und die Stellung der Neutralen gesprochen werden soll, sondern darüber, was nach dem Kriege geschehen soll. Die erste Aufgabe, die zur Lösung drängt, ist die Arbeitergesetzgebung und wie sie in den verschiedensten Ländern geordnet werden soll. Auch die Ausbildungfrage liegt uns am Herzen und wir haben in England unter anderem an der Anstellung einer Erhebung zur Untersuchung der Ausbildungsvoraussetzungen gearbeitet. In dieser Beziehung ist es für uns notwendig, auch vom Ausland möglichst umfangreiche Auskunft zu erhalten.

Was die brennende Frage der Sitzverlegung der internationalen Organisation betrifft, so mache ich darauf aufmerksam, dass die Amerikaner sich dieser angegeschlossen haben. Diese zählen etwa drei Millionen, aber sie machen doch nicht mit Metallarbeiter aus. Wenn der Krieg zu Ende ist, wird es unmöglich sein, die französischen, englischen und amerikanischen Arbeiter zu veranlassen, in einem Zusammenschluss mitzugehen, dessen Sitz nach Deutschland verlegt ist. Es mag ja sein, dass das unrecht von ihnen ist, aber die Sache verzögert sich nun doch einmal so. Was nach selber betrifft, so wünsche ich nichts Höheres, als dass ich, wie bei früheren Gelegenheiten meinen deutschen Kollegen die Hände reichen könnte, aber die Zeit ist jetzt nicht dazu geeignet. Bis ein solches Vertragen wiederhergestellt wird, wird es klug sein, den Sitz der Internationale zu verlegen. Ich will keinen bestimmten Ort dafür vorschlagen, füge aber hinzu, dass, wenn er nach Kopenhagen käme, dies die Franzosen, Engländer und Amerikaner mit Vertretern erfüllen würde. Es kann jedoch auch ein anderer Ort sein; nur muss dort ein Volk sein, zu dem wir Vertrauen haben.

Seit dem Beginn der Organisation bin ich mit ihr verbunden gewesen. 1896 wurde ich ihr Sekretär und ich wünsche natürlich nichts anderes als dass sie in Zukunft bestehen bleiben möge, aber zu dem Lande, wo ihr Sitz ist, müssen wir Vertrauen haben können. Es kann doch nicht in Abrede gestellt werden, dass diejenigen, die am Sitz des Bundes leben, mehr Einfluss auf diesen haben als die, die am anderen leben.

Kollege Hansen: Es freut uns, dass die Amerikaner sich angeschlossen haben und wir hoffen, an dem Zusammensetzen zwischen den englischen und den amerikanischen Arbeitern teilnehmen zu können, aber wenn wir auch große Teilnahme für die Arbeiter der Westküste haben, so ist es doch unmöglich, den Sitz unseres internationalen Bundes zu verlegen. Würden wir so etwas tun, so würde es sicher als eine unneutrale Handlung betrachtet werden. Mit Freude haben wir Hobsons Erklärung gehört, dass er sich des Zusammenwirkens mit Deutschland gerne erinnert und dass er unserer deutschen Kollegen Hände drücken wird. Es sind ja glücklicherweise nicht Arbeit oder Gewerkschaften, die miteinander Krieg führen, und wir müssen uns erlauben, an die Zeit zu denken, wo wir einander mit Wohlwollen begegnen.

Ich bin mir vollkommen klar über die Schwierigkeiten, für die nächste Zeit über ein Zusammensetzen der Arbeiter Englands und Deutschlands sprechen zu können; aber es ist meine Überzeugung, dass ebenso, wie der Ausdruck des Krieges der ganzen Welt einen Schlag gab, auch sein Abschluss eine ganz andere Ausschauung mit sich bringen wird. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Leitung des Internationalen Metallarbeiter-Bundes sich ursprünglich in der Schweiz befand, von wo sie dann nach England verlegt wurde, das das führende Land war, und dann nach Deutschland, das ebenfalls eins der führenden Länder ist. Wenn wir darauf zurückgreifen sollten, die Leitung in ein kleines Land zu verlegen, so halte ich das für unmöglich und ich meine, dass wir aufhalten sollten, darüber noch weiter zu reden.

Kollege Hansen führte unter Zustimmung der übrigen standartigen Kollegen ferner aus, dass, wenn die Einladung zu der von Hobson erwähnten englischen Konferenz kommt, ver sucht werden möge, die Sache so zu ordnen, dass die Einladung auch angenommen werden kann.

Der Verwaltungsstelle Chemnitz vom 1. Januar 1918 an für die Mitglieder der 1. Beitragsklasse 20 ₔ, der 2. Beitragsklasse 15 ₔ und der 3. Beitragsklasse 10 ₔ die Woche.

Der Verwaltungsstelle Altenburg vom 1. Januar 1918 an für die Mitglieder der 1. und 2. Beitragsklasse und weibliche Mitglieder der 3. Beitragsklasse 10 ₔ, für jugendliche Mitglieder 5 ₔ die Woche.

Der Verwaltungsstelle Stendal vom 1. Januar 1918 an für die Mitglieder der 1. und 2. Beitragsklasse 10 ₔ und der 3. Beitragsklasse 5 ₔ die Woche.

Der Verwaltungsstelle Bitterfeld vom 1. Januar 1918 an für sämtliche Mitglieder 5 ₔ die Woche.

Der Verwaltungsstelle Bitterfeld vom 1. Januar 1918 an für sämtliche Mitglieder 5 ₔ die Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Gestohlen wurde:

Buch-Nr. 2,323247 lautend auf Paul Endemann, Dreher, geb. 9. September 1889 zu Magdeburg, eingetreten am 8. Nov. 1914 (Magdeburg.)

Mit Collegialem Gruss

Der Vorstand.

Berichte

Metallarbeiter.

Chemnitz. Am 8. Dezember tagte im Volkshause die Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, in der der Bevollmächtigte über die Durchführung der Vereinbarung auf Lohnzulage vom 20. November 1917 berichtete. Er hob hervor, dass sich wiederholt Schwierigkeiten bei der Durchführung herausstellten, indem die Unternehmer sich um diese Lohnzulage zu drücken suchten. Ganz erkannt wurden die Vereinbarungen in solchen Betrieben, wo die Arbeiterschaft stark organisiert ist, wohingegen in den Betrieben, wo die Organisation schwach ist, die Unternehmer sich bemühen, mit einer geringeren Zulage auszukommen oder gar jede Zulage ablehnen, obwohl sie während des Krieges hohe Gewinne erzielt haben. Betriebswert sei, dass im gelben Bund die mit den Metallindustrien getroffene Vereinbarung wörtlich zum Abdruck gelangt sei und die Unterschrift des gelben Sekretärs Steinmann neben der des Kommerzienrat Krüger trage, obwohl doch bei den Verhandlungen keiner der Gelben zugegen gewesen ist. Der Berichterstatter ermahnte die Vertrauensleute, alles daran zu setzen, dass der lezte Arbeiter und die letzte Arbeiterin organisiert werde, damit allen Beschäftigten bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen begegnet werden könne. Wobei die Metallarbeiterfahrt dieses nicht, müsse mit einer späteren Lohnfestlegung gerechnet werden. Der Bevollmächtigte wies noch hin auf die Stützung des Verbrauchs von elektrischer Kraft in den Stützungsbetrieben und bemerkte, dass schon in einzelnen Maschinenfabriken eine Arbeitszeitverkürzung angekündigt wurde. Die Unternehmer haben sich bisher jedoch nicht dazu verstehen können, für diese verkürzte Arbeitszeit einen Lohnausgleich zu gewähren. Da es in der jetzigen teuren Zeit nicht möglich ist, mit weniger Lohn auszukommen wie er zurzeit gezahlt wird, teilweise werden noch Löhne geahbt, die so niedrig sind, dass die Arbeiterschaft bei voller Beschäftigung dort lebt, so müsse bei einer Arbeitszeitverkürzung unbedingt ein Lohnausgleich gefordert werden. Die Arbeitnehmer würden hierbei voll und ganz auf die Hilfe der Organisation rechnen können. Weiter beschloß die Generalversammlung, den Solidaritätsbeitrag in der 1., 2. und 3. Klasse um je 5 ₔ nachzuführen, vom 1. November 1918 an Beitragsmatten zu 90, 65 und 40 ₔ eingeführen. Aus den neu daraus gewonnenen Mitteln soll der Kriegshilfsfonds gespeist, der Betrieb der Kriegshilfsfondsmatten soll mit Ende Dezember 1917 eingestellt werden. Gleichzeitig sollen die neuen gewonnenen Mittel zur Stützung der Finanzen für das Arbeiterschaftsrat dienen. Die Extramarken von 20 ₔ für erwachsene Mitglieder und 10 ₔ für jugendliche und weibliche, die das Stattel für diesen Zweck herausgibt, sollen deshalb nicht zum Betrieb an die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gebracht werden. In die Ortsverwaltung auf das Jahr 1918 wurden gewählt: als 1. Bevollmächtigter Robert Krause, als 2. Kassier Richard Stern, als 2. Kassier Bruno Günthermann, als Beisitzer: Max Eichhorn, Karl Mages, Heinrich Müller, Richard Rothe, Otto Schulz, Karl Stief und Georg Weise. Unter sonstigen Betriebsangelegenheiten kam noch ein Antrag zur Verhandlung, der Auflösung zur Bekämpfung des Schleichhandels und Preistreiberei fordert. Da diese Angelegenheit schon wiederholt und ausgiebig in der Versammlung der Arbeiterausschüsse besprochen worden ist, wurde dieser Antrag als verspätet eingegangen und überholt betrachtet. Im übrigen habe eine Sitzung sich mit der Bildung einer Rüstungskommission für die Lebensmittelverteilung in den Betrieben der Rüstungsindustrie beschäftigt. Der Vorsitzende gab noch bekannt, dass nach Anordnung des Generalkommandos des 12. und 19. Armeekorps Betriebsversammlungen, die sich mit der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen befassen, nicht arbeitspflichtig sind, jedoch dürfen in diesen Versammlungen militärische, politische, sozialpolitische oder religiöse Angelegenheiten nicht erörtert werden.

Chemnitz. Die Daseinsberechtigung der Gelben wird allgemein von der aufgelösten Arbeiterschaft verneint. Die Tätigkeit der Gelben besteht darin, dass sie für den Unternehmer gegen die vorwärtsstreitende Arbeiterschaft wirken. Für Chemnitz hat man jetzt einen Sekretär angestellt, dessen Aufgabe es zu sein scheint, sich bemerkbar zu machen, denn er hat an den verschiedenen amtlichen Stellen die Offerte der Gelben abgegeben. Am 20. November d. J. wurde zwischen dem Chemnitzer Bezirksverband Deutscher Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband eine Vereinbarung auf Lohnzulage sowie auf Zuschlag des Wissensdienstes abgeschlossen. In Nr. 49 des B. u. B. vom 7. Dezember 1917 ist nun dieser Vertrag wörtlich abgedruckt, entgegen abgeschlossen zwischen dem Chemnitzer Bezirksverband Deutscher Metallindustrieller und dem Kartellverband Deutscher Betriebe in Chemnitz. Der neue gelbe Sekretär Steinmann, der bei dem Abschluss nicht im getätigten mitwirkte, hat sogar seinen Namen darunter gesetzt. Diese Falschmünze sei der Gelben zuliebe wohl dazu dienen, den gelben Mitgliedern zu zeigen, dass der Sekretär eine Tätigkeit entwidmet, weil schon wiederholt von diesen Mitgliedern hervorgehoben wurde, dass der gelbe Betrieb den Arbeitern keinen Nutzen bringe, was den denkenden Arbeitern schon seit jener bekannt war. Man sieht hieraus, mit welchen Mitteln die Gelben arbeiten, um ihren Schäischen Sand in die Augen zu streuen.

